

Mindestlohn bedeutet Mindestarbeitslosigkeit

Antragsteller: Hannes Müllner

Beschlossen durch: III. BuKo, Wien

Beschlossen am: 31. Oktober 2010

Die Jungen liberalen NEOS – JUNOS lehnen Mindestlöhne ab. Sie sind in ökonomischer Hinsicht ineffektiv, kostenträchtig und dysfunktional. Statt die Armut zu bekämpfen erhöhen sie die Arbeitslosigkeit und bringen Menschen so in die Abhängigkeit von Sozialtransfers. Die Forderung nach Mindestlöhnen halten wir für populistisch und kurzsichtig.

Legt die Politik Löhne gesetzlich fest, besteht kein Zusammenhang mehr zwischen der Entlohnung und der Produktivität von Arbeit. Genau wie das Festsetzen von Preisen durch den Staat wirtschaftsschädigend ist, hat das Festsetzen des Preises für den Faktor Arbeit negative Auswirkungen.

Es wird niemand mehr eingestellt, dessen Arbeitsleistung unter 1000 € wert ist. Man kann niemanden einen gewissen Wert verleihen, indem man es für gesetzeswidrig erklärt, ihm weniger anzubieten. Man nimmt ihm lediglich nur das Recht, das zu verdienen, was er aufgrund seiner Fähigkeiten leisten könnte.

Wenn Unternehmen tarifvertraglich gezwungen werden, höhere Löhne zu zahlen, müssen sie je nach Marktsituation entweder Mitarbeiter entlassen, höhere Preise für ihre Produkte verlangen oder können weniger Investitionen tätigen. Welche Folgen auch immer eintreten, letzten Endes bezahlen die Konsumenten und die Beschäftigten in der betroffenen Branche dafür.

Klein- und Mittelbetriebe werden durch Mindestlöhne noch härter getroffen. Großen Konzernen mit vielen Sparten und Produkten fällt es leichter, weiterhin dieselben Preise anzubieten und somit kurzfristiges Preisdumping zu betreiben. Außerdem fällt es transnationalen Unternehmen auch leichter, die Produktion in Billiglohnländer auszulagern. Ein großer Lebensmittelkonzern kann seine Lohnkosten leichter um z.B. 5 % reduzieren, indem er Mitarbeiter entlässt, als ein Tischler, der nur zwei Gesellen hat. Er wird hart davon getroffen, wenn er sich einen der beiden nicht mehr leisten kann.

Für die Armutsbekämpfung, die so oft in diesem Zusammenhang genannt wird, wären andere Modelle, wie etwa das liberale Bürgergeld der FDP [1] oder eine negative Einkommenssteuer [2] weitaus besser geeignet, die Lasten würden gesellschaftlich viel gerechter verteilt.

Eine der OECD erstellte Übersicht über Literatur und Studienergebnisse über die Auswirkungen von Mindestlöhnen findet durchgehend negative Auswirkungen auf die Beschäftigungsquoten der betroffenen Länder. Wenn überhaupt irgendwo positive Auswirkungen hinsichtlich der Armutsbekämpfung gefunden wurden, dann in Ländern, in denen weniger als 2% der Arbeitnehmer von

den Mindestlöhnen betroffen waren und selbst dort waren die Ergebnisse äußerst widersprüchlich [3].

Referenzen

[1] *Freie Demokratische Partei Deutschlands, Das Liberale Bürgergeld: aktivierend, einfach und gerecht. Beschluss des LXI. Bundesparteitags, 2005. PDF-Dokument (104 KB)*

[2] *Congressional Budget Office, Response to a Request by Senator Grassley About the Effects of Increasing the Federal Minimum Wage Versus Expanding the Earned Income Tax Credit. Korrespondenz, 2007. PDF-Dokument (89 KB)*

[3] *Making most of the Minimum: Statutory Minimum Wages, Employment and Poverty. (S. 31–79) in: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD Employment Outlook 1998 – Towards an employment-centred social policy. OECD, 1998. PDF-Dokumente zum Download bei der OECD*